

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

38. Jahrgang / 109

10. Juni 1983

Johannes Rau MdL, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, kommentiert den Versuch, den Deutschlandfunk zum Bonner Regierungssender umzufunktionieren: Skrupellos.

Seite 1

Herta Däubler-Gmelin MdB, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, würdigt die zehnjährige Arbeit der AsF.

Seite 3

Hans Böhler MdB, Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe, analysiert das Wahlergebnis in Großbritannien: Das Wahlrecht half Frau Thatcher.

Seite 5

Dan Oostergetelo MdB, Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, beschreibt, wie die SPD in der Agrarpolitik die Themen bestimmt: Union kann Vogel nicht mehr ausweichen.

Seite 6

Dokumentation

Referat von Gerhard Schröder MdB, Mitglied der Jugend-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, vor evangelischen Militärpfarrern: Zuviel oder zuwenig Staat?

Seite 8

Geistig-moralische Wende?

Die Union will den "Deutschlandfunk" zum Regierungssender umfunktionieren

Von Johannes Rau MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Rundfunkrat des Deutschlandfunks hat gestern den Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Mischnick, zu seinem Vorsitzenden gewählt. Soweit ein normaler Vorgang.

Sicher nicht, wenn damit verbindliche Absprachen unter verantwortlichen Politikern gebrochen werden.

Die Sachlage:

Unmittelbar nach der Wahl des Rundfunkrats des Deutschlandfunks im Jahr 1981 wurde bei der Konstituierung der Kontrollgremien vereinbart, daß für die neue Wahlperiode der Union der Vorsitz im Verwaltungsrat, der SPD der Vorsitz im Rundfunkrat zustehen sollte. Zum Rundfunkratsvorsitzenden wurde damals Kurt Mattick gewählt. Wegen einer schweren Erkrankung trat er im April dieses Jahres zurück, obwohl seine Amtsperiode noch bis 1985 angedauert hätte. Zuvor war mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Rundfunkrates, Herrn Klemmert (CSU), für die Union eine Vereinbarung getroffen worden, erneut ein der SPD zuzurechnendes Mitglied des Rundfunkrates zum Vorsitzenden zu wählen und damit die 1981 getroffene Vereinbarung einzuhalten. Etwa eine Woche vor der Wahl wurde den Sozialdemokraten signalisiert, zwischen der Union und der FDP sei eine anderslautende Vereinbarung getroffen worden, mit der die Wahl von Wolfgang Mischnick zum Rundfunkratsvorsitzenden angestrebt werde.

Verlag:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

Erwünscht: Originals
auf Wunsch: Rücksendung
Kostenlos



Dieser Wortbruch, der eine sachliche Zusammenarbeit auf dem gesamten Gebiet der Medienpolitik mit der Union entscheidend in Frage stellt, empört uns. Seit der Neubildung der Rundfunkanstalten nach dem Kriege ist niemals ein so skrupelloser Versuch der politischen "Machtübernahme" unternommen worden. Wie wird eigentlich Kurt Mattick zumute sein, der im Glauben an die Zusage seines Stellvertreters auf die weitere Ausübung des Amtes verzichtete? Ist es wirklich denkbar, daß die in Kreisen des Rundfunkrates geäußerte Ansicht, die Union habe sich bereits zu einem Zeitpunkt mit der FDP geeinigt, als noch mit der SPD verhandelt und Kurt Mattick noch gar nicht zurückgetreten war? Träfe dies zu, der Verfall der politischen Sitten wäre damit vollkommen. Soll dies die geistig-moralische Wende sein?

In ihrer Absicht, den Deutschlandfunk zu einem "Regierungssender" zu machen, gibt die Union die Gebote des fairen Umgangs mit einer Minderheit preis, an die sich die SPD stets gehalten hat. Der CDU wurde immer ein Gremienvorsitz zugestanden, auch als sie in der Minderheit war.

Wer wie die Union und die Liberalen den Deutschlandfunk zum Sender der Bundesregierung machen will, verstößt gegen Verfassung und Rundfunkgesetz. Auch die Ministerpräsidenten der Länder müssen sich hier getäuscht sehen, schließlich haben sie im von ihnen paraphierten Staatsvertrag über die Erhöhung der Rundfunkgebühren dem Deutschlandfunk erstmals den jährlichen Betrag von über 52 Millionen DM gesondert ausgewiesen.

(-/10.6.1983/ks/rs)

+ + +



Zehn Jahre AsF

Gedanken, Überlegungen, Historisches

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Mitglied des SPD-Parteivorstandes

In diesem Jahr, auf ihrem Bundesfrauenkongreß, der vom 10. bis 12. Juni in der Godesberger Stadthalle unter dem Motto "Gleichheit jetzt" stattfindet, kann die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zehnjähriges Bestehen feiern.

Dieses Jubiläum ist gerade auch für Frauen Anlaß, Bilanz zu ziehen und kritische Überlegungen anzustellen.

Haben wir Sozialdemokraten es geschafft, Frauen den Platz einzuräumen, der ihnen nach unserer Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft zukommt?

Sozialdemokraten haben seit Bestehen der SPD unter allen Regierungsformen in Deutschland Gleichberechtigung als eines ihrer Hauptziele auf ihren Fahnen stehen gehabt: Nahezu jede Verbesserung für Frauen geht in der einen oder anderen Weise auf sozialdemokratische Forderungen, sozialdemokratische Überlegungen, sozialdemokratische Vorarbeiten zurück.

In den vergangenen Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung ist vieles erreicht worden. Reformen im Bildungsbereich haben die Chancengleichheit für Mädchen und Frauen entscheidend verbessert, haben ihr Selbstbewußtsein gestärkt, ihnen mehr Durchsetzungsmöglichkeiten verschafft. Auch im Bereich von Ehe und Familie wurden partnerschaftliche Strukturen festgeschrieben, Ansätze zur Gleichberechtigung im Berufsleben wurden weiter vorangetrieben.

Daß noch vieles zu tun bleibt, weiß jeder von uns. Neue Gefahren kommen hinzu: Arbeitsmarktprobleme treffen Frauen früher, heftiger und länger. Rationalisierung und neue Technologien stellen Arbeitsplätze von Frauen deutlicher, häufiger und schärfer zur Disposition als wir uns das bisher vorstellen konnten. Die Zukunft ist nicht sehr vertrauenerweckend: Vollarbeitsplätze werden aufgelöst in Teilzeitarbeitsplätze mit variablem Einsatz, betrieblich eingegliederte Arbeitsplätze werden ausgegliedert, Tätigkeiten an Bildschirmarbeitsplätzen zu Hause bedrohen Frauen nicht nur mit größerer Vereinzelung, sie machen sie vielmehr noch manipulierbarer und schutzloser, als sie heute schon sind. Hinzu kommen Einstellungssperren im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Dienstleistungen. Gerade hier konnten in den vergangenen Jahren viele Probleme des Arbeitsmarktes zu Gunsten von Frauen aufgefangen werden.

Vor dem Hintergrund einer stark konservativen Grundströmung in unserer Gesellschaft, die in den Wahlen vom 6. März deutlich zum Ausdruck gekommen ist, kann dies alles bedrohliche Ausmaße annehmen: Gefragt ist gerade im Interesse der Frauen Hilfe, Unterstützung, Solidarität und soziale Steuerung von Arbeitsmarktprobleme, des Einsatzes neuer technischer Möglichkeiten.

Die Politik der jetzigen Regierung läuft in die Gegenrichtung: Gesagt wird, Verantwortung und Leistung des einzelnen solle in den Vordergrund gestellt werden. Erreicht wird Schwächung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, das Auseinanderfallen der Arbeitnehmer in (noch) Privilegierte mit (noch) sicheren Arbeitsplätzen und die, die an den Rand gedrängt werden oder schon wurden. Frauen sehen sich einer merkwürdigen Lage gegenüber: Sie freuen sich über das häufige offizielle regierungsamtliche Lob für ihre Leistungen als Mutter in Familie und Gesellschaft, bei der Kindererziehung, bei der Betreuung von Hilfsbedürftigen, bei der Nachbarschaftshilfe. Folgen in Form finanzieller Entlastungen hat das freilich nicht, im Gegenteil: Finanzielle Belastungen und Haushaltskürzungen treffen besonders diesen Bereich. Und wenn Frauen nach Anerkennung ihrer beruflichen Leistungen, nach Hilfen zur Überwindung ihrer konkreten Probleme fragen, dann ist jetzt totale Funkstille.



Viele von Ihnen beschleicht der Verdacht, daß es weniger um Anerkennung der Leistungen von Müttern geht, als um das Ausspielen einer Frauengruppe gegen die andere. Dieser Entwicklung werden Sozialdemokraten mit Entschiedenheit entgegenzutreten müssen. Das ist eine wichtige Aufgabe für die gesamte Partei. Die Hauptlast wird die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zu tragen haben. Es erfordert Kraft und Einsatz. Das erfordert eine wirksame Organisationsform. Und es fordert Durchsetzungsfähigkeit in der Partei. Einfach ist das nicht. Einfach war das auch früher nicht.

In den letzten Jahren besinnen sich auch jüngere Sozialdemokraten stärker auf unsere Geschichte, sie fragen nach den Auseinandersetzungen und Kämpfen, die in den vergangenen Jahrzehnten bestanden werden mußten.

Frauen haben trotz besonderer Verbote und Erschwernisse von Anfang an sozialdemokratische Parteigeschichte mitgestaltet, die Parteigeschichtsschreibung nimmt sie jedoch lediglich am Rande wahr. Aus diesem Grund sollte man das Jubiläum der AsF zum Anlaß nehmen, um wenigstens an einige Vorkämpferinnen zu erinnern. Zum Beispiel an Agnes Wabnitz. Sie reiste in den siebziger und achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts trotz Verfolgung durch den Bismarckstaat durch Deutschland, um für die sozialdemokratischen Arbeiterinnenorganisationen zu agieren, sie trat im Gefängnis in den Hungerstreik, wurde schließlich in die Berliner Klinik Charité in die Abteilung für gemeingefährliche Geisteskranke überführt. Nach ihrer Entlassung setzte sie ihre Agitation fort und wurde noch einmal zu zehn Monaten Haft verurteilt. Daraufhin machte sie ihrem Leben ein Ende. Am 28. August 1894 vergiftete sie sich auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Alter von 52 Jahren.

Heute im Jahr 1983 erinnern wir uns besonders eindringlich an die bitteren Ereignisse vor 50 Jahren. Auch hier haben sozialdemokratische Frauen mitgekämpft und mitgelitten. So etwa Clara Bohm-Schuch und Louise Schröder. In einer heftigen Sitzung der Reichstagsfraktion am 23. März 1933 ging es darum, ob die Sozialdemokraten allen Einschüchterungen, Pressionen und Gefahren für Leib und Leben zum Trotz an der Sitzung des Reichstages teilnehmen sollten. Ob Otto Wels das "Nein" der Sozialdemokraten zum Hitlerschen Ermächtigungsgesetz im Reichstag begründen sollte. Es gab Stimmen, die davor warnten, beispielsweise Reichsbannerführer Höltermann, der zu bedenken gab, ob man damit nicht in eine Falle laufe und deshalb lieber nicht hingehen sollte. Damals in dieser, für die Sozialdemokraten so wichtigen Situation, stand Clara Bohm-Schuch auf, ging "empört über diesen Vorschlag mit geballten Fäusten auf Höltermann zu" und Louise Schröder, Abgeordnete aus Schleswig-Holstein, stand auf und rief: "Auch Du, Höltermann, hast hinüberzugehen und mit "Nein" zu stimmen wie wir alle. Ich sage Euch, ich gehe und wenn sie mich drüben in Stücke reißen". Nach Aussagen von Josef Felder, dem letzten lebenden Reichstagsabgeordneten, war dies so eindrucksvoll, daß die Sozialdemokraten zur völligen Geschlossenheit gelangten in dieser entscheidenden Frage deutlich, offen und einheitlich mit Nein stimmten.

Die Stellung der Frau in unserer Partei läßt auch noch viele Wünsche offen. Auch das ist nicht ganz neu. Schon Lily Braun schrieb 1922: "Wir haben die Gleichberechtigung der Geschlechter auf das Banner geschrieben, wir müssen sie also zu allererst in der eigenen Partei durchführen". Wir haben seit dieser Zeit Fortschritte gemacht und unsere Partei schneidet heute im Vergleich mit anderen Parteien und Organisationen überall besser ab. Und dennoch bleibt noch viel zu tun. Die Entscheidung für eine eigene Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zu Anfang der siebziger Jahre war heiß umstritten und ist selbst heute noch nicht überall akzeptiert. Eine eigene Arbeitsgemeinschaft, dies bedeutet, daß Frauen klar machten, sie wollten nicht länger andere für sich reden lassen, sie wollten sich auch innerparteilich nicht mehr mit Passivität begnügen. Sie wollten vielmehr eigene Rechte selbst in Anspruch nehmen. Die AsF hat gute Arbeit geleistet. Ihre Arbeit ist notwendiger denn je. Sie braucht die Förderung und Unterstützung der Gesamtpartei.

(-/10.6.1983/h1/rs)

+ + +



Das Wahlrecht half Frau Thatcher

Die Briten votierten nicht mehrheitlich für die Konservativen

Von Hans BÜchler MdG

Vorsitzender der deutsch-britischen Parlamentariergruppe

Großbritannien hat gewählt. Das Ergebnis führt uns die Ungereimtheiten des britischen Mehrheitswahlrechts drastisch vor Augen. Zwar verfügen die Konservativen im neuen Parlament über 150 Mandate mehr als die beiden anderen Parteien. Die Labour-Party und die Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen mußten sogar noch Mandatsverluste hinnehmen.

Legt man aber das prozentuale Stimmergebnis zugrunde, so erscheint das Ergebnis in einem ganz anderen Licht.

Labour und Allianz verfügen danach zusammen über 50 Prozent der Stimmen. Die Partei Frau Thatchers mußte sogar Stimmenverluste für sich verbuchen.

Es wird sehr deutlich, daß auch die Sterne Frau Thatchers nicht in den Himmel wachsen, da die Mehrheit der britischen Wähler ihre Politik eindeutig ablehnt.

Lediglich das Wahlrecht, das die Stimmen für die unterlegenen Direktkandidaten unter den Tisch fallen läßt, hat ihr diesen Sieg ermöglicht. Nicht etwa eine überzeugende Politik!

Eher ist das Gegenteil richtig. Die Umfragen unmittelbar vor der Wahl zeigten einen starken Aufschwung der Allianz aus Sozialdemokraten und Liberalen. Der britische Wähler hat anscheinend nach einer Alternative zu den Konservativen gesucht. Die Politik Frau Thatchers, die geprägt ist von der Inkaufnahme hoher Arbeitslosigkeit, die auf dem Rücken der sozial Schwachen ausgetragen wird, findet nicht die Zustimmung der Wähler.

Die Mehrheit bevorzugt wohl eine gemäßigte sozialdemokratische Richtung.

Gleichwohl hat die Zersplitterung der Opposition diese bedingt durch das Wahlrecht noch zusätzlich geschwächt. Diese Schwäche kommt Frau Thatcher zugute. Der britische Arbeitnehmer, die Benachteiligten der britischen Gesellschaftsordnung, werden die Uneinigkeit der Opposition auszubaden haben.

Auch die Labour-Party bot in der letzten Zeit nie das Bild einer echten Alternative. Dem Wähler hat dies zusätzliche Schwierigkeiten bereitet. Labour sollte darüber ernsthaft nachdenken.

(-/10.6.1983/ks/rs)

+ + +



SPD drängt auf Reform der EG-Agrarpolitik

Union kann Vogel-Position nicht mehr ausweichen

Von Jan Oostergetelo MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und
Mitglied des Agrarausschusses beim Parteivorstand der SPD

Wer den Verlauf der agrarpolitischen Diskussion im vergangenen halben Jahr verfolgt hat, wird sich unschwer erinnern, welche Reaktionen die Ausführungen Hans-Jochen Vogels zur Agrarpolitik im Dezember vergangenen Jahres nach sich zogen: Repräsentanten der Union und Gleichgesinnte überboten sich darin, Vogels Forderung nach einer grundlegenden Reform der EG-Agrarpolitik mit Argumenten über - aber auch unter - der Gürtellinie weit von sich zu weisen.

Um so bemerkenswerter war es, daß die Diskussion in der diesjährigen Agrardebatte letztlich nur um ein Thema kreiste: Reform der Agrarordnung. Ohne selbst in die Debatte einzugreifen, hatte der Oppositionsführer der Aussprache das Thema gewiesen und ihr seinen Stempel aufgedrückt.

Heute hat er seine Aussagen wiederholt und unter Hinweis auf die teils unsinnigen, teils unfinanzierbaren Entwicklungen des Agrarmarktes erneut die überfällige Reform gefordert.

Es bleibt festzuhalten, daß es in großen Teilen das Verdienst Vogels und der SPD ist, daß inzwischen auch die Union und deren agrarpolitische Mitstreiter zumindest faktisch die Reformbedürftigkeit akzeptiert haben. Zwar wurden anläßlich der Agrardebatte noch in - doch immer wieder erschreckender - altbekannter Manier durch bewußte Falschinterpretation betreffs unserer Ziele künstliche Feindbilder erst aufgebaut und anschließend markig bekämpft, aber der ernüchternde Ausgang der Brüsseler Preisrunde - die der Union den Bankrott ihrer allein auf Preis fixierten Einkommenspolitik für die Bauern auf dem Silbertablett serviert hatte - hat zur Folge gehabt, daß Regierung und die sie tragende Mehrheit des Parlamentes inzwischen wohl auch Hans-Jochen Vogels Wertung und Forderung stillschweigend als Basis ihrer Politik akzeptiert haben.

Nur ist es wohl nicht so einfach, von den einst mit Emphase verkündeten Wertungen und Ansichten wieder herunterzukommen. Deshalb erschöpft sich die Agrarpolitik der Regierung zur Zeit in Halbheiten und Ungereimtheiten. Die erschreckende Entwicklung



der Einkommensdisparität unter den Landwirten und den faktischen Verdrängungswettbewerb vor Augen, fordert der Landwirtschaftsminister die Einführung eines Agrarkredits, derselbe Mann, der als Abgeordneter nationale Alleingänge in Reden zum Agrarbericht als Sünde gegen den Geist der EG-Verträge gewertet hat. Daß ein allgemeiner Agrarkredit - was immer er sonst bewirken würde - aber unstrittig eine Produktionssteigerung nach sich zöge, ist auch mit des Ministers Forderung nach Drosselung der Überproduktion nur schwerlich in Übereinstimmung zu bringen.

Daß CSU-Minister und FDP-Staatssekretär in Interviews zur Frage des Agrarkredits Positionen einnehmen, die durchaus als widersprüchlich aufgefaßt werden können, sei nur am Rande erwähnt.

Aber nationale Maßnahmen können allenfalls erste Schritte sein. Auf der Ebene der EG jedoch regiert wohl noch immer das "Kohlische" Zuwarten. Denn die Idee, den Mehrwertsteueranteil auf 1,4 Prozent zu erhöhen, schiebt nur die Zahlungsunfähigkeit der EG um ein paar Jahre hinaus, löst jedoch keines ihrer Probleme, schlimmer noch, sie beläßt noch ein wenig Zeit, daß die bäuerliche Struktur der Landwirtschaft noch etwas mehr ruiniert werden kann, daß die ländlichen Räume noch mehr von ihrer Sozialfunktion einbüßen, daß gesteigerte Mittelverschwendung das Image der EG bei den Bürgern noch ein wenig mehr verschlechtert.

Natürlich kann eine Mittelserhöhung für die EG diskutiert werden. Aber sie ist nur sinnvoll, wenn damit neue Aufgaben angepackt und gelöst werden, aber nicht, wenn der endgültige Tod eines durch Veränderung der Marktgegebenheiten überholten Systems hinausgezögert werden soll, weil die Verantwortlichen lieber untätig sind, als ihren gestalterischen Freiraum zu nutzen.

Unsere Position ist klar: Reform der EG-Agrarordnung, damit die EG wieder handlungsfähig wird und ausgebaut werden kann, aber auch damit die alten Ziele der Agrarpolitik wirklich erreicht, und die neuhinzugekommenen sinnvoll integriert werden.

Hans-Jochen Vogel hat sich nicht gescheut, als erster Politiker von Gewicht die Dinge beim Namen zu nennen. Er hat es ertragen, daß Kübel voll Hämme über ihn ausgegossen wurden. Aber die Entwicklung hat ihm nachträglich recht gegeben. Er und die SPD haben Grund, zufrieden zu sein.

(-/10.6.1983/ks/rs)

+ + +



DOKUMENTATION

Das Verhältnis der Jugend zum Staat war einer der Schwerpunkte der Debatte über den Bericht der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat". In einem Vortrag auf der Jahrestagung der evangelischen Militärpfarrer der Bundeswehr hat Gerhard Schröder MdB, Mitglied der Jugendenquete-Kommission des Deutschen Bundestages, kürzlich die Aufgaben eines demokratischen Staates beschrieben.

Zuviel oder zuwenig Staat?

"Mehr Staat!" rufen die Konservativen und sie meinen damit mehr Polizei, Verschärfung des Demonstrationsrechtes, Gewissensüberprüfungen und ähnliches. - Aber auch "Weniger Staat!" rufen sie, und sie meinen dann den Umweltschutz, wo ihrer Meinung nach der Staat zu sehr reglementierend eingreift und die freie Entfaltung der marktwirtschaftlichen Kräfte behindert; sie meinen die Wirtschaftspolitik, wo ihrer Meinung nach durch staatliche Regeln die sogenannten Selbstentfaltungskräfte des Marktes beschnitten werden; sie meinen die Arbeitsmarktpolitik und kritisieren etwa das Berufsausbildungsförderungsgesetz der verbliebenen sozial-liberalen Koalition.

Genau umgekehrt wird ein Schuh daraus.

I.

Angesichts einer Arbeitslosenzahl von über 2,5 Millionen brauchen wir mehr staatliche Arbeitsmarktpolitik, die auch nicht vor konkreten Arbeitsbeschaffungsprogrammen zurückschreckt. Im Umweltschutz gibt es zuwenig statt zuviel staatliche Kontrollen. Bis vor kurzem vermochten staatliche Stellen eben nicht zu klären, wo die Fässer mit der giftigen Erde aus Seveso hingekommen waren. Noch immer gibt es zuwenig staatliche Maßnahmen (und auch zuwenig Kontrollen), um Luft und Wasser reinzuhalten.

Aus all dem ist zu folgern: Wir haben genau da zuwenig Staat, wo Eingriffe des Staates oder Reglementierungen des Staates auf mächtige - vor allem wirtschaftliche - Interessen stoßen. Das Nicht-Handeln des Staates in diesen Bereichen, daß ja massiv zu Lasten der Bürger unseres Landes geht, sei es zu Lasten ihrer Gesundheit, sei es zu Lasten ihres Arbeitsplatzes, wird dabei von den Konservativen nur mangelhaft verbrämt mit der Ideologie vom freien Unternehmertum in der freien Marktwirtschaft.

In dem anderen Bereich, in dem die Konservativen mehr Staat fordern, im Bereich der demokratischen Rechte, haben wir zuviel Staat.

Ich nenne als Beispiele die immer noch nicht abgeschaffte Gewissensüberprüfung für Kriegsdienstverweigerer; die weiter durchgeführten Schnüffeleien nach der Gesinnung derjenigen, die einen Beruf im öffentlichen Dienst ausüben wünschen; die Ausrüstung der Polizei mit schweren Waffen wie Granatwerfern und Maschinengewehren, obwohl einzelne Polizisten ja offensichtlich heute schon die Anwendung ihrer Schußwaffe nicht richtig beherrschen; die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechtes; und nicht zuletzt gehört in diese Reihe auch die Volkszählung 1983, die durch den massiven Widerstand vieler Bürger dieses Landes in der geplanten Form nicht zustande kam.



II.

In diesem Zusammenhang wird oft behauptet, Sozialdemokraten oder andere im gesellschaftlichen Spektrum linksstehende Gruppierungen würden das Gewaltmonopol des Staates antasten. Dies ist unsinnig. Niemand in der Sozialdemokratie rüttelt am Gewaltmonopol des Staates. Aber die Behauptung des Gewaltmonopols des Staates hat auch Kehrseiten.

1. Gewaltanwendung durch den Staat muß einer gnadenlosen Kontrolle unterliegen. Es darf nicht sein, daß Fehlverhalten hier vertuscht wird, wie wir es immer wieder - auch in jüngster Zeit - erleben mußten.
2. Die Gewalt des Staates darf nicht dazu benutzt werden, gesellschaftliche Mißstände zu verteidigen. Ein Beispiel hierfür sind die Hausbesetzungen, die schlagartig den Spekulationsmißbrauch ins öffentliche Bewußtsein gerückt haben. Wo hunderte von Wohnungen leerstehen und tausende von Menschen Wohnungen benötigen, geht es nicht an, daß diejenigen, die etwa durch Hausbesetzungen auf diesen Umstand hinweisen, mit der Staatsgewalt konfrontiert werden. Solche gesellschaftlichen Mißstände müssen auf reformerischen Wege beseitigt werden, der Einsatz der Repressionsinstrumente des Staates hilft hier nichts.
3. Wenn der Staat sein Gewaltmonopol nutzen muß, so hat er es in deeskalierender Weise zu tun. Gewalt des Staates soll zur Befriedigung in konfliktbehafteten Situationen beitragen. Sie soll jedenfalls nicht Konflikte erst provozieren oder schaffen. Ein schlimmes Beispiel dafür, wie staatliche Gewalt nicht eingesetzt werden darf, bot die Verhaftung von 141 Jugendlichen aus dem Jugendzentrum KOMM in Nürnberg. Zwar sind die Verfahren gegen diese Jugendlichen inzwischen alle eingestellt, aber welcher Eindruck vom demokratischen Staat mögen diese Jugendlichen erhalten haben, deren erster Kontakt mit dem Staat die Verhaftung auf Grund völlig haltloser Vorwürfe war.
4. Es reicht nicht aus, wenn sich der Staat zur Durchsetzung seiner Positionen allein auf die Legalität des Verfahrens beruft. Sicher sind zum Beispiel die Entscheidungen, die Startbahn West des Frankfurter Flughafens zu bauen, legal zustande gekommen. Daran gibt es keinen Zweifel. Aber die Entscheidungen, die zum Zustandekommen dieses Beschlusses führten, liegen Jahre, ja teilweise über ein Jahrzehnt, zurück. Angesichts eines gewandelten Umweltbewußtseins in der übergroßen Mehrheit unserer Bevölkerung würde sich der Staat hier nichts vergeben, wenn er seine Entscheidung noch einmal überdenkt und sich nicht ausschließlich auf das legale Zustandekommen beruft.

Die Entscheidung des Staates, der Legislative wie der Exekutive, müssen dem Bürger verständlich und plausibel gemacht werden können. Überzeugungsarbeit ist wichtiger als die Durchsetzungsfähigkeit des Staates. In diesem Zusammenhang sollte neu über die Einbeziehung plebiszitärer Elemente in unserer Demokratie nachgedacht werden. Mehr Bürgerbeteiligung ist allemal besser, als ein Mehr an staatlicher Repression.

(-/10.6.1983/ks/rs)

* * *

